

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Weitem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßendruck für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten bis achtzeiliger Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeilen das selbige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Tageszeilen 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinstarifen gilt der Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inzeraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Großer Stimmenzuwachs der Sozialisten in Frankreich.

Paris, 20. November.

Der „Populaire“ teilt heute mit, daß die Sozialisten 1 700 000 Stimmen erhalten haben. Longuet führt in einer Besprechung hierzu aus, daß die sozialistische Partei seit den letzten Wahlen eine Zunahme von ungefähr 500 000 Stimmen zu verzeichnen hat. Er meint, auf Grund dessen werde die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Sitze doppelt bemerkbar, da den Sozialisten nicht 55 Sitze, sondern mindestens 130 bis 150 Sitze auf Grund des Stimmenergebnisses hätten zufallen müssen. Über die Koalition der bürgerlichen Parteien, die gegen die Sozialisten Front gemacht hätten, und vor allem das ungerechte Wahlrecht seit 1871 sein und die Vollvertretung geradezu eine Karikatur der Wünsche und Strömungen im Volke bilden werde.

Viviani, Vorsitzender der französischen Kammer.

H. N. Paris, 21. November.

Viviani ist zum Vorsitzenden der französischen Kammer ernannt worden, da die Rechte- und mittleren Parteien der Ansicht sind, Deschanel habe den Kampf gegen die Extremisten zu schloppig geführt. Führer der Extremisten wird wahrscheinlich Paul Boncour sein. Die erste Interpellation in der Kammer wird von Drouot eingebracht werden und sich auf die Eisenbahn- und Eisenbahnwerke beziehen. Painlevé will beschlagen, aus technischen Gründen in gewissen Distrikten eine genaue Zählung der Stimmen vorzunehmen.

Paris, 21. November. (Kobak.)

In den Wandelgängen der Kammer ist man der Ansicht, daß Clemenceau noch bis zu den Wahlen des Senats im kommenden Januar im Amte bleiben müsse. Präsident Poincaré würde sich in gewisser Verlegenheit befinden, wenn er mit der Kabinettsbildung zu beauftragen hätte, wenn Clemenceau sich vor der Beendigung des Wahlganges zurückziehen würde. Die Freunde Clemenceaus, die Gelegenheit hatten, sich mit ihm zu unterhalten, hoffen, daß der Ministerpräsident sich nicht finden wird, bis zu den Senatswahlen den Vorsitz im Ministerrat zu behalten. Clemenceau wird in der kommenden Woche nach Paris zurückkehren, um die durch die Nichtwiederwahl mehrerer Minister des Kabinetts geschaffene Lage zu prüfen. Es hat den Anschein, als ob diese Minister aufbewahrt werden würde, im Amte zu bleiben.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik dauert fort.

London, 21. November.

Der „Times“ wird aus Washington gemeldet: Der Bergarbeiterstreik bereitet neue Schwierigkeiten. Es ist bis heute jedermann klar, daß der Versuch der Regierung, die Streikenden durch einen Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, völlig schlagelassen ist. In der Mehrzahl der Bergarbeiterzentren sind die Arbeiter immer noch im Ausstand und streben darin vielfach von den örtlichen Führern unterstützt. Ziel sei die Absicht bemerkbar, den Streik fortzusetzen, bis die Konferenz in Washington das von den Arbeitern gewünschte Ergebnis erzielt hat.

Die internationalen Arbeitskonferenz.

H. N. Washington, 21. November.

Die internationale Arbeitskonferenz genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung zwei Berichte der verschiedenen Ausschüsse, die sich mit dem Verbot der Frauen-Nachtarbeit und der Frauenarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben befaßt. Ferner behandelte die Konferenz einen Protest der Arbeitergruppen gegen die Tatsache, daß verschiedene Staaten keine Arbeiterabgeordneten nach Washington entsenden könnten. Dadurch würde die Zahl der Arbeitervertreter erheblich beeinträchtigt. Die Arbeitergruppe müsse daher verlangen, daß diese Länder nicht mitaktiven dürften. Die Entscheidung wurde mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß in den erwähnten Staaten entweder keine Arbeiterorganisationen beständen oder aber zu schwach seien, um selbst vertreten zu sein.

Aus dem englischen Unterhaus.

Amsterdam, 21. November.

„Telegraph“ meldet noch, daß Lloyd George in der gestrigen Unterhausdebatte eine große Zahl von Fragen beantwortete, unter anderem in London wird wahrscheinlich bald eine internationalisierte Konferenz zur Besprechung der Lage in Rußland stattfinden. Die zweite Lesung der Antikumpingsbill (Verhinderung der billigen Einfuhr aus Deutschland) wird in zwei Wochen stattfinden. Lloyd George hofft, daß das Gesetz noch in dieser Sitzungsperiode angenommen wird. Das Anwesen und die Admiralität befaßt sich mit dem Plan der Anlage des Kanalunnells. Gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelerzeugung in England werden dem-

nächst vorgeschlagen werden. Der erste Minister sagte, es bestehe keine Hoffnung, die Lage in Wien zu verbessern, ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten.

Amerika und der Friedensvertrag.

Die letzten Abstimmungen, die im Senat über den Friedensvertrag stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Weder kann die Opposition gegen den Friedensvertrag für die „Vorbehalte“, die sich hauptsächlich gegen den Völkerbund richten, die nötige Zweidrittelmajorität aufbringen, noch ist eine solche Mehrheit zugunsten der Ratifikation ohne Vorbehalte vorhanden. Der Antrag, den Friedensvertrag bedingungslos in Kraft treten zu lassen, wurde im Senat zuletzt mit 53 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Aber auch die Vorbehalte fielen mit 51 gegen 41 Stimmen. Die Abstimmung gegen den Friedensvertrag ist so ergebnislos geblieben, und schließlich wurde vom Senator Lodge ein Antrag eingebracht, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird. Dieser Antrag wurde an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen und soll zu Beginn der nächsten Session behandelt werden. Der Senat vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Die Situation bleibt also zunächst unklar. Zunächst scheint es, als ob für die Annahme des Versailler Friedensvertrages die Aussichten in Amerika sehr gering sind. Damit wäre der Völkerbund wohl zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Alle Fragen, die sonst durch die Wiedergutmachungskommissionen und durch den Völkerbund mit Deutschland zu regeln wären, würden dann in direkten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, die sich ihre volle Bewegungsfreiheit vorbehalten, erledigt werden.

Tirol ohne Brot!

Innsbruck, 20. November.

Wie die landesheimische Tiroler Zeitungs-Korrespondenz meldet, wird Tirol in der kommenden Woche ohne Brot und ohne Mehl sein, da seit 8 Tagen weder Weizen- noch Mehl einströmen. Die Situation ersäht insbesondere noch dadurch eine Verschärfung, daß die Eisenbahnstellen im Falle der Einstellung der Brotausgabe mit Arbeitsniederlegung gedroht haben, was einer vollständigen Stilllegung des gesamten Eisenbahnverkehrs gleichkäme.

Ein gewichtiges Urteil.

Im „Vorwärts“ steht ein Leitartikel über die französischen Wahlen mit dummen Schimpereien über unsere französischen Parteigenossen. Hauptächlich wird ihnen ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie eine klare unabhängige Klassenkampfpolitik gemacht haben und sich nicht mit den bürgerlichen Parteien zu gemeinsamen Listen verbunden haben. Die Verurteilung des „Vorwärts“ ist natürlich für jeden wackeligen Sozialisten ein Ehrengewinn. Bezeichnend aber ist, wer sich im „Vorwärts“ als Richter über die Internationale austun darf. Der Artikel rühmt von einem gewissen Viktor Schiff her, der während des Krieges ein treuer Diener des österreichischen Kriegspressquartiers — und ein Mitarbeiter des deutschen Kriegspressamts gewesen ist und dort seine schwachen Kräfte in den Dienst des Militarismus sendend und ausdauernd gestellt hat. Als geborener Offiziosus fand er dann, als der Umsturz ihn vor die Notwendigkeit stellte, eine neue Beschäftigung zu suchen, seinen Weg zu den Rechtssozialisten und in die Redaktion des „Vorwärts“. Da er französisch kann, wurde er bald der maßgebende internationale Politiker in dieser Redaktion. Und so was fällt Arbeit über ausländische sozialistische Parteien!

Das soziale Weihnachtsgeschenk.

Zum Schicksal des Betriebsrätegesetzes wird von einer Korrespondenz mitgeteilt:

Die Regierung hat den Mehrheitsparteien der Nationalversammlung die Mitteilung zugehen lassen, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu verabschieden, um Beruhigung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und der Arbeiterschaft ein soziales Weihnachtsgeschenk in den Schöpfung zu legen. Zentrum und Sozialdemokraten wollen in diesen Tagen sich über die streitigen Punkte des Entwurfes (Ausschüßsvertretung und Bilanzensicht) einigen; wie verlautet, will die Sozialdemokratie Zugeständnisse machen, um die glatte Erledigung zu erlangen. Man ist der Meinung, daß eine weitere Hinausschiebung der Verabschiedung eine Gefahr für den Entwurf darstellt. Die Wahlen sollen bereits im Februar stattfinden.

Die Regierung dürfte sich mit ihren Erwartungen sehr täuschen. Die Arbeiter bedanken sich für dieses „soziale Weihnachtsgeschenk“ und werden ihr diese Meinung wohl

Garantiert den Reallohn!

Lohnkämpfe sind Machtkämpfe. Nach dem 9. November war die Macht der Arbeiterklasse groß genug, die Kontrakte so eingeschlichtert, daß die Arbeiterklasse eine erhebliche Verbesserung ihrer Wirtschaftslage durchsetzen und die Lohnhöhe halbwegs in Einklang mit der gestiegenen Lebenshaltung bringen konnte.

Seidem ist eine völlige Aenderung eingetreten. Das Machtbewußtsein der Unternehmer hat sich außerordentlich gehoben. Die ganze bürgerliche Presse nimmt gegen die Lohnforderungen der Arbeiter Stellung und behandelt jeden Streik als Hoch- und Landesverrat. Lange Zeit hat die rechtssozialistische Presse daselbe getan, und die Regierung hat bei allen großen Lohnbewegungen der letzten Zeit eine Haltung eingenommen, die die Unternehmerschaft in ihrem Widerstand bestärkte. Das Kampffeld hat sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zugunsten der Arbeiterklasse verändert.

Gleichzeitig hat eine Entwicklung eingesetzt, die die Kaufkraft des Lohnes immer mehr herabdrückt. Die fortschreitende Geldentwertung bedeutet eine fortwährende Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel. An eine Aenderung dieser Preisentwicklung ist für die nächste Zeit nicht zu denken. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß unter dem Ansturm der Industriellen und Agrarier auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft in kürzer oder längerer Frist beseitigt werden. Bei der Wirtschaft in den Finanzen wird auch der Zeitpunkt kommen, wo die Mittel, die vom Reich zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verwandt werden, nicht mehr aufzubringen sind. All das bedeutet, daß die Kosten der Lebenshaltung fortwährend und in raschem Tempo steigen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse auf die Dauer außerstande ist, die fortschreitende Entwertung ihres Nominallohnes zu ertragen. Soll hier die nackte Lebensmöglichkeit erhalten bleiben, so muß sich eine Anpassung der Arbeitslöhne an die jeweiligen Lebensmittelpreise vollziehen. Will man formwählende wirtschaftliche Kämpfe vermeiden, so müssen eben Einrichtungen getroffen werden, die die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise auf andere Weise bewirken.

Schon im Jahre 1909, als jene leichten Preiserhöhungen sich bemerkbar machten, die man damals als Levierung bezeichnete, hat Adolf Braun einen für diesen Zweck geeigneten Vorschlag gemacht. Der Arbeitslohn wird in zwei Teile geteilt: in einen festen und einen beweglichen Teil. Der feste Teil wird durch den Tarifvertrag für die ganze Vertragsdauer festgelegt; der bewegliche Teil des Arbeitslohnes dagegen wird in kurzen Zeitabschnitten, z. B. jeden Monat oder jedes Vierteljahr, von neuem detari bestimmt, daß die Arbeiter um diesen Teil des Arbeitslohnes immer unveränderte Mengen Brot, Mehl, Fleisch, Fett, Zucker, Milch und Kohle kaufen können. Steigen die Preise der Lebensmittel, so wird der bewegliche Teil des Arbeitslohnes so erhöht, daß die Arbeiter ebensoviel von diesen Lebensmitteln kaufen können, wie früher bei niedrigeren Preisen. Diese Erhöhung des Arbeitslohnes erfolgt ohne Lohnskala auf Grund der im Tarifvertrag festgelegten Regeln durch ein Tarifschiedsgericht. Auf diese Weise könnte den Arbeitern der Reallohn garantiert und von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes unabhängig gemacht werden.

Einen ähnlichen Vorschlag hat unser französischer Genosse Eduard Baillant in der französischen Kammer ebenfalls noch vor Kriegsausbruch gemacht. Er stellte in der Kammer den Antrag, bewegliche Lohnsätze, die sich den jeweiligen Lebensmittelpreisen automatisch anpassen, festzusetzen. Damals scheiterten all diese Versuche an dem Widerstand der Unternehmer. Sie erklärten, die Preise nicht kalkulieren zu können, wenn sie nicht im voraus mit festen Löhnen rechnen könnten. Die gegenwärtige Revolution des Geldwertes macht diese Einwendung gegenstandslos. Denn bei den jetzigen Schwankungen der Kaufkraft ist es einfach eine unumgängliche Notwendigkeit, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Einklang mit den Kosten des Lebensunterhalts zu bringen. Will man nicht die Wirtschaftskämpfe zu einer dauernden Einrichtung machen, so muß eben ein solches System beweglicher Lohnzuschläge eingeführt werden. In normalen Zeiten könnten die Einwürfe der Unternehmer Beachtung finden. Heute sind die Aenderungen in der Kalkulation infolge der Veränderungen des Geldes so bedeutend, daß ihnen gegenüber die Widerstände infolge der Lohnschwankungen ganz in den Hintergrund treten. Vor allem aber: alle Einwände müssen zurücktreten vor der dringenden Notwendigkeit, die Arbeiter und Angestellten durch Sicherung des Reallohnes vor immer größerer Verelendung zu schützen.

Der Stadtkreis Groß-Berlin.

Die Regierungsvorlage über Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin ist fertiggestellt. Sie berücksichtigt gewünschte Wünsche in bezug auf Einbeziehung weiterer Vororte. Sie bringt ferner für die einzelnen Distrikte eine größere Beteiligungsmöglichkeit und auch die von allen Seiten geforderte Erhöhung der Bezirksvertretungen. Die einzelnen Bezirke sollen ihre Haushalte selber fest unter Beachtung der von der zukünftigen Groß-Berliner Vertretung festgelegten Grundsätze, verwalten ihre Anstalten nach den allgemeinen Gesichtspunkten und bestimmen auch danach in Vertretungen. Die Groß-Berliner Vertretung wird auf 225 Vertreter erhöht. Berlin selber wird in sechs Verwaltungsbezirke zerlegt, um so ein Gleichmaß mit den anderen Vorortbezirken herzustellen. Die Wahlzeit wird auf vier Jahre festgelegt. Ueber die allgemeinen Grundsätze sagt der Regierungsentwurf: „Darin, daß hier (in Groß-Berlin) Vororte zu kräftigen, selbständigen Gemeinwesen geworden sind, liegt ein innerer Widerspruch. Der einheitliche Wirtschaftskörper führt in unnötiger Weise sein Leben in einzelnen voneinander getrennten Teilen, diese Teile sind in sich selbst verschiedenartig, wie die Teile des menschlichen Körpers, und wie diese sind sie in ihren Funktionen gegenseitig aufeinander angewiesen. Hier aber treten diese Teile mit dem Anspruch auf, als gleichwertige, vollberechtigte Gemeinwesen nebeneinander und im Kampfe gegeneinander ihr Dasein zu behaupten.“ Nach einer kurzen Darstellung über die bisherigen Versuche zur Lösung der Frage Groß-Berlin bezeichnet die Begründung als das Kernproblem der Frage Groß-Berlin die Notwendigkeit, den Mißstand zu beseitigen, der darin liegt, daß ein in sich geschlossener und zusammenhängender Wirtschaftskörper in getrennte und selbständige Verwaltungsbezirke zerlegt ist, wobei gleiche Aufgaben mit ungleichen Mitteln gelöst werden sollen. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Groß-Berlins verlangt einheitlich nach kommunaler Zusammenschließung.

Die Neuschaffung eines erweiterten Zweckverbandes lehnt der Gesetzentwurf ebenso ab wie die vom Bürgerausschuss Groß-Berlin und jetzt auch in etwas anderer Gestalt von der Berliner Vorortgemeinschaft bewirkte Gesamtgemeinde und die Bildung einer Provinz Groß-Berlin-Brandenburg. Er erklärt das natürliche Mittel zur strengen Zusammenfassung des zusammengehörenden Groß-Berlins in der Einheitsgemeinde. Der Zusammenschluß zu einer Einheitsgemeinde ist ohne gewisse Opfer der Mitglieder nicht zu erkaufen. Aber wesentlich ist, daß hier die Selbstverwaltungsbefugnisse der Einzelgemeinden nicht zugunsten des Staates oder einer dritten außenstehenden Körperschaft aufgehoben, sondern nur von den Teilen auf die Gesamtheit übertragen werden sollen.“

Als Angelpunkt des Gesetzentwurfs wird die zweckmäßige Zentralisation der Verwaltung im Sinne einer möglichst freien Stellung der örtlichen Verwaltungsbezirke bezeichnet, soweit der Gedanke der Einheitsgemeinde dies irgend zuläßt.

In dem besonderen Teil der Begründung wird bezüglich des Umfangs des künftigen Groß-Berlin gesagt: „Die Grenze liegt dort, wo in absehbarer Zeit die Entwicklung zu ein einheitliches städtisches Lebensverhältnis nicht gedacht werden kann. Was in dieser Zeit Gebiet der Industrie oder der Wohnung oder täglichen Erhaltung der Groß-Berliner Bevölkerung werden wird, gehört zu Groß-Berlin. Was außerhalb davon liegt und dauernd ländlichen Bedürfnissen zu dienen bestimmt ist, ist auszuschließen.“

Da eine allgemeine Reform der Städteordnung bevorsteht, hat der Gesetzentwurf über Groß-Berlin davon Abstand genommen, über die Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin Bestimmungen in solchen Fragen zu treffen, die allgemein für alle Stadtgemeinden als der Neuordnung bedürftig erscheinen. Der Entwurf hat sich daher auf den Boden der noch geltenden

Städteordnung gestellt. Abweichungen sind nur in einzelnen Fällen vorgekommen. Der kommenden allgemeinen Kommunalreform sollte nicht vorgegriffen werden. Der preussische Landesversammlung wird es obliegen, für Preußen ein neues Gesetz zu schaffen.

Die Preussische Landesversammlung, die am kommenden Donnerstag wieder zusammentritt, wird sich beeilen müssen, mit Volldampf zu arbeiten, wenn das Gesetz am 1. April 1920 in Kraft treten soll, wie das auch die Regierung wünscht.

Gewerkschaftliches.

Die Erwerbslosenfürsorge nach dem Streik.

Der heroische Kampf der Arbeiter in der Metallindustrie ist zwar beendet, aber noch liegen Tausende von Arbeitern, und zwar die besten, die für die Interessen ihrer Kollegen eingetretene Vertrauensleute, auf der Straße. Die Unternehmer halten bei der WiederEinstellung der Arbeiter sorgfältige Anstöße.

Bis zum 15. Dezember dürfen sie, nach den getroffenen Vereinbarungen, solange keine betriebsfremde Arbeiter annehmen, als noch Angehörige des Betriebes ohne Arbeit sind. Verschiedene Unternehmer halten jetzt den Augenblick für gekommen, um sich der ihnen unangenehmen Aufschubmitglieder entledigen zu können. Die Firma H. u. Co. in Charlottenburg hat bereits Neueinstellungen vorgenommen, trotzdem noch viele Arbeiter ihres Betriebes beschäftigungslos sind. Hier sind also ganz offene Regelungen erfolgt. Andere Unternehmer mahnen in verschleierte Form. Sie empfinden keine Schrupf dabei, die Produktivität einzuschränken und das Wirtschaftsleben schwer zu schädigen, wenn sie nur ihr Rachegefühl gegenüber den Arbeitern zur Geltung bringen können, obgleich sie am lautesten über die Unlust der Arbeiter schimpfen. Solidarität und moralische Kraft der lassenbewußten Arbeiter werden, wie so oft, auch diese Opfer eines kleinlich-geliebten und zugleich brutalen Unternehmerhandpunktes wieder aufzufrischen und letzten Endes über diese Racheistriege triumphieren.

Die Situation, in der die noch nicht wieder eingestellten Metallarbeiter sich befinden, verdient aber noch von einer anderen Seite aus betrachtet zu werden. Diese erwerbslos gewordenen Arbeiter erhalten teilweise von der Erwerbslosenfürsorge keinerlei Unterstützung, da viele Unternehmer die Papiere einbehalten. Dadurch ist es den Arbeitern unmöglich gemacht, sich bei der Erwerbslosenfürsorge anzumelden. Verlangen sie aber die Papiere, so müssen diese Arbeiter, als freiwillig aus einem Arbeitsverhältnis geschieden, die vorgeschriebene sechswöchentliche Wartepflicht absolvieren, um in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung zu gelangen.

Der Unternehmer ist freilich verpflichtet, einem Arbeiter, den er nicht mehr beschäftigen kann, die Papiere anzuhändigen. Das enthebt ihn selbstverständlich nicht der durch die Vereinbarungen freiwillig übernommenen Pflicht, bis zum 15. Dezember die im Betriebe beschäftigten gewesenen Arbeiter wieder einzustellen. Sofern der Unternehmer dem Arbeiter die Papiere zurückbehält, hat er ihn für die Zeit entsprechend zu entschädigen.

Für die gegen ihren Willen erwerbslos gewordenen Arbeiter in der Metallindustrie muß die Erwerbslosenfürsorge eintreten. Die Gewerkschaften sollten den vorliegenden Fall zum Anlaß einer grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber der Erwerbslosenfürsorge machen. Zweck und Sinn dieser staatlichen Unterstützungseinrichtung ist, daß jeder bedürftige Erwerbslose materiell unterstützt wird. Dieser Grundsatz muß auch für die nach einem Kampfe erwerbslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen gelten. Heute sind es die Metallarbeiter, morgen können es die Holzarbeiter oder die Angestellten sein. Ein vereintes Vorgehen der Gewerkschaften ist hier erforderlich, um die maßgebenden Stellen zu veranlassen, diese Lücke in der Erwerbslosenfürsorge auszufüllen.

Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft durch die Buch- und Steinbruderechtsarbeiter.

Bei den am Buchtag stattgefundenen Urwahlen für zwei Angestellte, die in sechs Wahlkolonnen in Groß-Berlin vor sich gingen, wurde erneut der Beweis erbracht, daß die sogenannte Opposition und die Anhänger des revolutionären Rätesystems fast die gesamte Mitgliedschaft Berlins hinter sich haben. Die Kandidaten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, erhielten:

Den Mitgliedern aller Gewerkschaften, besonders den leitenden Körperschaften empfehle ich daher die Zentralisation aller Berliner Gewerkschaftsbibliotheken zum gemeinsamen Gebrauch für alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen; danach Dezentralisation an mindestens vier Stadtbibliothekstellen. Ferner: Einstellung guter geschichtlicher sozialistischer Literatur; Berücksichtigung guter Lesetüre für Jugendliche. Einrichtung einer ständigen Ausstellung von empfehlenswerten Schriften, Wandkalender (Steinzeichnungen) usw., Handbücher, Kunst, sowie Schreib- und Besetzungsmittel müssen vorhanden sein. Besonders wichtig aber ist die Zusammenarbeit der Bibliothekare mit den Bildungs- und Jugendausschüssen der Partei und Gewerkschaften.

Bumm.

Eine Berliner Zeitung befragte kürzlich in einer Enquete verschiedene Leute über ihre Meinung, ob das schändliche Gesetz gegen die Fruchtbarkeitsabtreibung abgeändert oder verbessert werden solle. Für jeden Sozialisten ist diese Forderung selbstverständlich. Man möchte, für jeden denkenden Menschen, für jeden, der erfahren hat, daß das Verbot die Fruchtbarkeitsabtreibung nicht verhindert, wohl aber verteuert, und die armen Frauen, die das Kind nicht brauchen können. Quacksalbern zutreib; während die reichen, die es nicht haben wollen, das genügende Risiko gerne bezahlen.

Während sich bekannte Politiker, Juristen usw. zugunsten des künstlichen Abortus, zum mindesten (wie in der Schweiz) bis zu einer gewissen Frist der Schwangerschaft aussprechen, schreibt Herr Geheimrat Dr. Kumm, der berühmte Frauenarzt und Direktor der Berliner Universitäts-Frauenklinik:

„Die Frage kann von verschiedenen Standpunkten aus beurteilt werden, vom ethischen Standpunkt: Es gibt in dem ganzen Tierreich kein einziges Beispiel dafür, daß eine Mutter ihr Kind vor der Geburt beiseite bringt. Diese Erfindung ist dem Menschen vorbehalten geblieben. Vom medizinischen Standpunkt: Hier liegen besonders schwere Bedenken vor. Ein lebendes Wesen umzubringen, ist verwerflich und außerdem ist die Abtreibung bei vielen Personen mit Gefahren verbunden, die größer sind als bei einer normalen Geburt. Vom sozialen Standpunkt: Aus diesem Gesichtswinkel kann die Frage natürlich verschieden beurteilt werden. Meiner Meinung nach ist es aber leider nur der — Egoismus, der hier durchzubringen sucht.“

... Erstens, Herr Professor, ist dem ethischen Standpunkt noch nichts vorzuziehen, als eine Frau zu erlösen, ein Kind zu

Sophie Mandelstam 1702, Willi Hoesl 2054 Stimmen. Die Kandidaten Bergmann und Kartha Rodenberg, die von den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft propagiert wurden, erhielten 878 bzw. 661 Stimmen. Durch diese Wahl ist die Willensänderung der gesamten Berliner Kollegenschaft zum Ausdruck gebracht. Die Berliner Kollegenschaft hat damit endgültig bewiesen, daß sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen ist und die Politik der wirtschaftsfeindlichen Regierung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern restlos verwirft.

Neue Forderungen der Krankenkassenangestellten.

Veranlaßt durch die anhaltende und zunehmende Teuerung, sehen sich die Krankenkassenangestellten gezwungen, an Stelle der durch den letzten Schiedsspruch zugewiesenen monatlichen Teuerungszulage von 100 Mark nunmehr nach Kündigung des bisherigen Tarifvertrags eine solche von 260 Mark für Verheiratete und 300 Mark für Ledige ab 1. Januar 1920 zu fordern. Verhandlungen, die hierüber mit dem Krankenkassenverband bereits am 14. November begonnen haben, führten bis jetzt noch zu keinem Ergebnis.

Eine am Donnerstag im Gewerkschaftshaus stattgehabene Versammlung der Angestellten stellte sich gegen wenige Stimmen hinter die obigen Forderungen. Anträge auf Verdoppelung der Gehälter, auf einmalige Zulagen von 600 bzw. 400 M. sowie auf besondere Kinderzulagen waren vorher gegen starke Widerheiten abgelehnt worden.

Mahnend behandelte dann die ergebnislosen Verhandlungen der Schlichtungskommission über die Bezahlung des 21. Juli anlässlich des politischen Streiks, an dem sich ca. 850 Kollegen beteiligt hatten. Der Vorschlag der Schlichtung, die Bezahlung zu gewähren, wofür sich die Angestellten jedoch verpflichtet, in Zukunft sich nur den Beschlüssen ihrer wirtschaftlichen Organisation zu fügen, war dort abgelehnt worden.

In der Diskussion wurde von Bornmann an dem Verhalten des Kollegen Lambrecht vor der Schlichtungskommission sowie an der Gewerkschaftskommission anlässlich des Generalstreiks scharfe Kritik geübt. Ihm traten Rayns und Lambrecht ihrerseits scharf gegenüber.

Groß-Berlin.

Freie Volksbühne.

Der Verband „Freie Volksbühne“ hielt am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. An Stelle des erkrankten Schriftführers Dr. Scherff eröffnete Dr. Seelig die Tagung mit einem Vortrag über soziale Theaterpolitik. Seine Ausführungen deckten sich in vielen Punkten mit denen in der Versammlung der Bühnenarbeiter am Mittwoch vormittag. Er unterscheidet zwischen einer sozialen Politik des Theaters und einer sozialen Theaterpolitik. Während sich erstere im wesentlichen auf die Verhältnisse der Theaterangestellten, also der Produzenten bezieht, bezieht sich letztere mit der Theaterpolitik im allgemeinen, die daher das ganze Volk, also auch die Konsumenten angeht. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung liegt es begründet, daß beide in einem gewissen Widerspruch miteinander geraten können. Auch die Sozialisierung des Theaters kann nicht eher vorgenommen werden, als eine allgemeine Sozialisierung des ganzen Wirtschaftslebens eintritt. Aber die Verbände der Freien Volksbühnen können immerhin dahin wirken, das Interesse des Volkes für die Bühnenkultur zu fördern und somit die Bevölkerung immer mehr von dem Gedanken zu überzeugen, daß das Theater kein Luxus für Reichtümer, sondern eine Lebensnotwendigkeit für alle Volksschichten ist. Wobauserweise habe diese Erkenntnis bei der Regierung und sonstigen maßgebenden Stellen noch wenig Fuß gefaßt. Gerade für die Stärkung des Gemeinfinns sei die dramatische Kunst von großer Bedeutung. Der Redner hob vor allem auch die Errungenschaften des Theaterpersonals durch die Revolution hervor.

Dr. Reitzke berichtete dann über die eingeleiteten Verhandlungen zur Verschmelzung der beiden Organisationen „Freie Volksbühne“ und „Neue Freie Volksbühne“. Bei der Aufstellung des Verbandes werde besonders auf die Vergrößerung des Aktionskreises und die erhöhte Mitwirkung der künstlerischen Ausschüsse bei der Aufstellung des Repertoires gesehen.

Einige durch den Vorstand beantragte Statutenänderungen wurden einstimmig angenommen. So soll auch der Verband ins Vereinsregister eingetragen werden.

An Stelle des zurückgetretenen ersten Vorsitzenden

gehören, dessen elendes Leben sie mit Eiferheit vorberstet und das sie vielleicht hoffen wird, weil es die auf ihr ruhenden Lasten ins Unrechtliche streift.

Zweitens: Wie? Einer Frau, die von all den furchtbaren Mühen befreit wird, von denen Sie, Herr Professor, nichts zu wissen scheint. — diesem unglücklichen Geschöpf verübeln Sie den letzten Rest ihres Selbstverleugungsdrives, ihren „Egoismus“? Weil sie dem „Vaterland“ kein neues Kanonensutter gebären, weil sie die Zahl der Dürren, der Hungernden, Priebrenden, Tuberkulösen und Syphilitischen nicht vermehren will!

Drittens: In medizinischen Fragen, Herr Professor, sind Sie eine Autorität, die gehört werden soll; aber diese Seite des Problems wäre aber noch weit mehr und wissenschaftlich anders zu sagen, als in ihrer „ethischen“ Stoffe. F. S.

Fritz Rautsner, der durch seine grundlegenden Beiträge zu einer „Kritik der Sprache“, ferner durch sein großes „Wörterbuch der Philosophie“ und seine Romane allgemein geschätzter Schriftsteller, begeht am 22. November in stiller Zurückgezogenheit am Bodensee seinen 70. Geburtstag.

Im Opernhaus sang gestern Fri. Werhant die Antonie in „Hoffmanns Erzählungen“, stimmlich nicht ganz ausreichend und ohne die Gestalt des sterbenden Rächlings darstellend zu verkörpern. In der von Dr. Stieders locret geleiteten Vorstellung, die in den Herren Quitt, Habich, Sommer und Frau Hoffmann-Waag gute Stützen hatte, erstreute besonders Karin Traugott in der Rolle der Mutter. Die wenigen Takte, die sie zu singen hatte, waren von einer wundervoll warm timbrierten Stimme getragen, die für größere Rollen das Beste erhoffen läßt.

Im Schauspielhaus spielte gestern Herr Korner den Franz Moor in Schillers „Müden“. Die Szenen, die wir im ersten Teil der Vorstellung von diesem brausenden Jugendweird sahen, ließen den Wunsch nach einer völligen darstellerischen Erneuerung mit Befreiung von allem „klassischen“ Hoftheaterstil immer roger werden. Herr Korner bringt für die „Ranalle“ mehr natürliche Begabung mit als für seinen verunglückten Moritimer, aber dieser Franz war doch mehr auf raffinierte Schurkenhaftigkeit angelegt, als wahrhaft von der Dämonie des Bösen erfüllt. Wir freuen uns auf die Zeit, wo das Schauspielhaus „Die Müden“, den „Gdy“, den „Zell“ künstlerisch im Großen bewältigen wird. E. B.

Die „Tribüne“ hat Ulrich Steinborffs Drama „Die Irren“ zur Aufführung erworben. Das Stück wird als nächste Premiere in den ersten Dezemberjahren zur Aufführung gelangen.

